

---

# Die soziale Schieflage als zentrales Merkmal der sinkenden Wahlbeteiligung

## 2

Die öffentlichen Diskussionen zur Wahlbeteiligung sind häufig geprägt von der subjektiven Wahrnehmung der Diskutanten und gehen meist an den aktuellen Erkenntnissen der Wissenschaft vorbei: Der Stereotyp des intellektuellen Nichtwählers bleibt nach weltweit einheitlichen Erkenntnissen genauso ein Mythos, wie plumpe Erklärungen mittels der (Un-)Zufriedenheit der Wähler mit der Politik. Vielmehr zeigt die Forschung, dass die sinkende Wahlbeteiligung in Deutschland seit den 1980er-Jahren in eine immense soziale Schieflage geraten ist, die eine ernsthafte Gefahr für die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie darstellt.

---

### 2.1 Die Sozialstruktur der Wähler und Nichtwähler

Zu selten also wird in den (kurzen) öffentlichen Debatten die Frage gestellt, wer die Nichtwähler sind und welche Motive sie zur Wahlenthaltung führen. Gibt es eine homogene Gruppe, die aus ähnlichen Motiven nicht wählen geht? Oder handelt es sich um eine Vielzahl von Motiven? Die Antwort auf diese Fragen beeinflusst ganz wesentlich die möglichen Lösungswege. Daher ist es in jeder Debatte über die Wahlbeteiligung elementar wichtig, die soziale Struktur der Nichtwähler genau zu untersuchen.

Eine solche Analyse offenbart eine in der Forschung einheitliche, aber in ihrer Deutlichkeit überraschende Erkenntnis. Denn obwohl die Sozialwissenschaften sich schwer damit tun, empirische und theoretische Befunde als Gesetzmäßigkeiten anzusehen, erhob der schwedische Forscher Herbert Tingsten seine Ergebnisse schon 1937 zu einer eben solchen. Er formulierte es wie folgt: „Je niedriger die Wahlbeteiligung ausfällt, desto ungleicher ist sie“ (Tingsten 1975, S. 230). Doch kann Tingstens Gesetz auch heute noch der empirischen Überprüfung standhalten?

Für Deutschland hat die Bertelsmann-Stiftung mehrere Studien vorgelegt, die in beeindruckender Weise Tingstens Gesetz belegen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2013a, 2013b). Ob jemand wählt, so die These, hänge „stark von seinem sozialen Umfeld und davon ab, wo er wohnt, welche Freunde er hat und ob in seiner Familie über Politik gesprochen wird“ (Bertelsmann Stiftung 2013b, S. 6). Um diese These zu untersuchen, baut die Bertelsmann-Stiftung in ihrer Studie auf den Überlegungen der US-amerikanischen Forscher Hajnal und Trounstein (2005) auf, die statt – wie in der bisherigen Forschung – ganze Länder, Bundesstaaten oder Wahlkreise, vielmehr einzelne Stadtteile verglichen. Der Grund hierfür ist, dass auf dieser Ebene die Bevölkerungsgruppen deutlich homogener und somit Effekte sozialer und ethnischer Segregation besser erkennbar sind.

Das Ergebnis ist eindeutig: „Je prekärer die Lebensverhältnisse, desto weniger Menschen gehen wählen“ (Bertelsmann Stiftung 2013b, S. 10). Genauer gesagt bedeutet dies: „Je höher der Anteil von Haushalten aus den sozial prekären Milieus, je höher die Arbeitslosigkeit, je schlechter die Wohnverhältnisse und je geringer der formale Bildungsstand und die durchschnittliche Kaufkraft der Haushalte in einem Stadtviertel oder Stimmbezirk, umso geringer ist die Wahlbeteiligung“ (Bertelsmann Stiftung 2013b, S. 10). Wählerhochburgen seien ausschließlich in Stadtvierteln zu finden, in denen die Arbeitslosigkeit gering sei (vgl. Bertelsmann Stiftung 2013b, S. 11). Der statistische Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeit in einem Stadtviertel und der Höhe der Wahlbeteiligung sei – für die Sozialwissenschaft – sogar außerordentlich stark.

Thorsten Faas (2010) analysiert den Zusammenhang von Wahlbeteiligung und Arbeitslosigkeit ebenfalls ausführlich und kommt für Deutschland zu identischen Ergebnissen. Arbeitslose nehmen mit geringerer Wahrscheinlichkeit an einer bevorstehenden Bundestagswahl teil und sind auch sonst überproportional aus dem System ausgeschlossen. Dieser Effekt bleibt auch bei einer Kontrolle durch vorhandene soziostrukturelle Unterschiede bestehen (vgl. Faas 2010, S. 375 f.). Darüber hinaus hat auch die Furcht vor einem potentiellen Jobverlust negative Auswirkungen auf die Beteiligung an der nächsten Wahl. Diese Angst steigt ebenfalls mit der Verschlechterung der Lebensverhältnisse (vgl. Faas 2010, S. 383), weshalb sich auch für die subjektive Deprivationserfahrung eine soziale Schieflage der Wahlbeteiligung manifestiert.

Die Faktenlage erweist sich für diverse Indikatoren als überwältigend: In Stadtteilen mit niedriger Wahlbeteiligung gehörten fast zehnmal so viele Menschen sozial prekären Milieus an (67 Prozent), wie in Stadtteilen mit der höchsten Wahlbeteiligung (7 Prozent). Fünffmal so viele Menschen seien hier arbeitslos (14,7 zu 3 Prozent), mehr als doppelt so viele hätten keinen Schulabschluss (15,2 Prozent) und weit weniger als die Hälfte Abitur (18,2 Prozent). Zudem liege die durchschnittliche Kaufkraft der Haushalte um ein Drittel (ca. 35 000 Euro p. a.) unter-

halb der der Stadtteile mit der höchsten Wahlbeteiligung (ca. 52 000 Euro p. a.) (vgl. Bertelsmann Stiftung 2013b, S. 12). „In Stadtvierteln mit überdurchschnittlichem Einkommensniveau, geringer Arbeitslosigkeit und geringerem Migrantenanteil liegt die Wahlbeteiligung regelmäßig über dem Durchschnitt“ (Schäfer 2012, S. 247). Fallen diese Einflussfaktoren weniger positiv aus, sinkt auch die Wahlbeteiligung. Dabei sind die Effekte oftmals linear.

---

## 2.2 Wähler und Nichtwähler in verschiedenen Lebenswelten

Ein Besorgnis erregendes Ergebnis der Forschung ist, dass Wähler und Nichtwähler häufig in unterschiedlichen Stadtteilen wohnen und damit kaum Kontakt zueinander haben (vgl. Bertelsmann Stiftung 2013b, S. 27). „Diese Trennung vergrößert wahrscheinlich die Beteiligungsunterschiede bei Wahlen, da die politikwissenschaftliche Forschung gezeigt hat, dass zwar der Kontakt mit anderen Wählern die eigene Wahlbereitschaft erhöht – der Kontakt mit Nichtwählern jedoch das Gegenteil bewirkt“ (2013b, S. 27), erklärt die Bertelsmann-Stiftung den vermuteten Mechanismus auf Mikro-Ebene. Ähnliche Ergebnisse finden sich auch bei Kühnel (2001, S. 36).

Weiterhin spielt die politische Aktivität von Freunden und die wahrgenommene Wahlbeteiligungsnorm im Umfeld eine große Rolle (vgl. Bertelsmann Stiftung 2013b, S. 37). Auch die Bertelsmann-Stiftung stellt heraus, dass die Wahrscheinlichkeit der Wahl von 77 auf nur noch 19 (!) Prozent sinkt, wenn ein Bürger annimmt, dass in seinem Freundeskreis die meisten nicht wählen, gegenüber einem Bürger, der annimmt, dass sich die meisten in seinem Freundeskreis an Wahlen beteiligen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2013c, S. 4 f.). In den sozialen Unterschichten vermuten nur 37 Prozent, dass ihre Freunde wählen gehen, während dies in den oberen Schichten 68 Prozent tun. Gleichzeitig wird in den Elternhäusern der Besergestellten mehr als doppelt so oft über Politik gesprochen, wie in den Elternhäusern der sozial Benachteiligten (vgl. Bertelsmann Stiftung 2013c, S. 4 f.).

Weil das soziale Umfeld, das massiv die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme beeinflusst, nicht selten mit dem territorialen Umfeld verknüpft ist, geht der Rückgang der Wahlbeteiligung auch immer mit einer Spreizung zwischen den Vierteln mit hoher Wahlbeteiligung und denen mit niedriger Wahlbeteiligung einher (vgl. Schäfer und Roßteutscher 2015, S. 105). Es bleiben also besonders dort Menschen der Wahl fern, wo ohnehin schon wenige wählen, während der Rückgang in Vierteln mit hoher Beteiligung schwächer ausfällt. Hinzu kommt erschwerend, dass in den sozial benachteiligten Schichten, die „soziale Lage im Land von der Bevölkerung als zunehmend ungerecht empfunden wird, der Glaube an die Möglichkeit

des sozialen Aufstiegs schwindet, und es sich dabei nicht um marginale, sondern um massive Veränderungen der Einschätzungen handelt“ (Bertelsmann Stiftung 2013a, S. 23). Der entscheidende Mechanismus sei dabei, dass „die zunehmende gefühlte und tatsächliche soziale Ungleichheit (...) politisch demobilisierend (wirkt), weil der Einstellungs- und Wertewandel die soziale Spaltung nicht in Protest und politische Mobilisierung, sondern in Gleichgültigkeit und Apathie übersetzt“ (Bertelsmann Stiftung 2013c, S. 4). Immer stärker verfestigt sich bei diesen Menschen das Gefühl „*politics is not for us*“ (Ballinger 2006, S. 7).

Dies stellt eine eindeutige Gefahr für den demokratischen Prozess dar, wie wir ihn bisher kannten, denn die „Kräfte, die historisch die Demokratie getrieben haben, stellen sie heute in Frage. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Demokratie die Antwort auf die soziale Frage. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wird die neue soziale Frage zu einer ihrer größten Herausforderungen“ (Bertelsmann Stiftung 2013c, S. 4).

Es ist also zu erkennen, dass ein sehr großer Teil der Nichtwähler in prekären Lebensverhältnissen lebt, in Gegenden wohnt, in denen Politik faktisch nicht mehr existiert und sich zudem auch noch vom politischen Prozess ausgeschlossen fühlt. Sofern es also nicht gelingt auf Individuen mit deutlich anderen Lebensverläufen zu treffen, wird ein Abgleiten in politische Apathie und Exklusion immer wahrscheinlicher. Folglich ist der Grund für die Nichtwahl mit Fortschreiten dieses Prozesses also immer mehr ein ‚Nicht-Können‘ als ein ‚Nicht-Wollen‘ und somit keine freie Entscheidung (vgl. Faas 2010, S. 474). Mit anderen Worten: Den politisch abgehängten sozialen Schichten steht zwar keine rechtliche, aber eine immense faktische Zugangsbeschränkung zur Wahlteilnahme entgegen.

---

## **2.3 Verschärfung der sozialen Schieflage durch Alters- und Kohorteneffekte**

Wie entsteht diese soziale Schieflage und warum verschärft sich die Lage immer weiter? Der zuvor diskutierte Prozess der sozialen Segregation und Deprivation ist vor allem als Gefahr für die Wahlbeteiligung der nachwachsenden Jahrgänge zu sehen: Denn neben sozial Benachteiligten stellen junge Menschen bereits jetzt eine zweite Gruppe mit außerordentlich geringen Beteiligungsraten dar. Dabei ist es sehr häufig der Fall, dass beide Faktoren zutreffen: Nichtwähler sind oftmals sozial benachteiligt und jung. Besonders deutliche Ergebnisse zeigen Studien aus Großbritannien, doch auch in vielen anderen Ländern gibt es ähnliche Ergebnisse: Im Vereinigten Königreich ist der bereits beachtliche Abstand von 18 Prozentpunkten in der Wahlbeteiligung zwischen der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen zu der Gruppe der 65- bis 74-Jährigen vom Jahr 1970 bis ins Jahr 2005 auf 40 Prozent-

punkte angestiegen (vgl. Keaney und Rogers 2006, S. 5). Mehr als doppelt so viele Bürger, die älter als 65 waren, wählten 2005 im Vergleich zu den Jungwählern. Das Nicht-Wählen sei in Großbritannien in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen mittlerweile häufiger als das Wählen (vgl. Ballinger 2006, S. 14).

Es ist darüber hinaus zu erkennen, dass sich diese desinteressierten und unpolitischen jungen Menschen häufig in Umfeldern bewegen, die durch junge Menschen mit ähnlichen Einstellungen geprägt sind. Ob jemand sein Wahlrecht verschenkt, scheint hier nicht mehr von Bedeutung zu sein. Die soziale Wahlnorm geht an diesen Gruppen folglich schlichtweg vorbei, da innerhalb dieser Gruppen keine sozialen Sanktionen bei Nicht-Wahl zu befürchten sind (vgl. Bertelsmann Stiftung 2013c, S. 7).

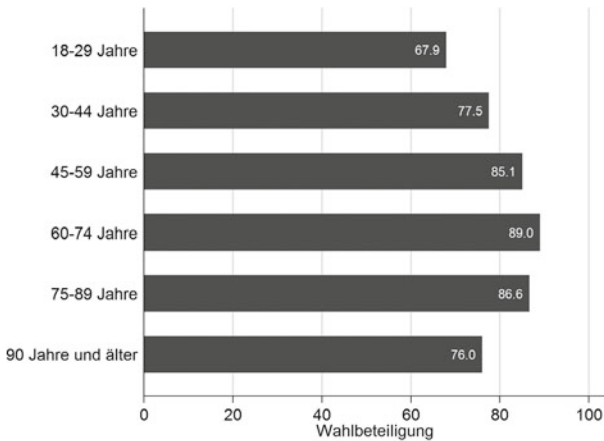
Oftmals wird an dieser Stelle eingewendet, dass junge Menschen schon immer geringere Partizipationsraten aufweisen würden als ältere Menschen und dass sich dies jedoch mit fortschreitendem Alter ausgleiche. Im Gegensatz zu früheren Jahren hat sich allerdings etwas Entscheidendes geändert: Eine besondere Gefahr für die Höhe der Wahlbeteiligung stellen heute sogenannte Kohorten-Effekte dar.

Die ‚normale‘ und über Jahrzehnte festgestellte Wellenbewegung der Wahlbeteiligung sah wie folgt aus: Die Partizipationsraten bei der ersten Wahl sind – auch aufgrund der noch höheren Kontrolle durch die Eltern und der Wahrnehmung des Wählens als etwas ‚Neuem‘ – etwas höher, sinken dann aber in den 20er-Lebensjahren ab. Politik rückt hier in den Hintergrund. Ab den 30er-Lebensjahren betrifft Politik wieder immer mehr Lebensbereiche der Bürger und die Wahlbeteiligung steigt kontinuierlich an, bis sie im hohen Lebensalter, z. B. aufgrund von Krankheit, wieder sinkt (sogenannte ‚Lebenszyklusthese‘, vgl. Abendschön und Roßteutscher 2011, S. 64). Dieser Zusammenhang wird in Abbildung 2.1 anhand von ALLBUS-Daten veranschaulicht.

Die Gefahr besteht gegenwärtig jedoch darin, dass das Beteiligungsniveau der heutigen Jungwähler deutlich niedriger ist, als das der vorherigen Alterskohorten zum selben Zeitpunkt ihres Lebens (vgl. Abendschön und Roßteutscher 2011, S. 64). Dies führt dazu, dass die heutigen Jungwähler zwar einen ähnlichen Lebenszyklus durchlaufen, die Wellenbewegung aber von einem deutlich geringeren Level ausgeht.

Rolf Becker analysiert anhand von ALLBUS-Daten, dass der Rückgang der Wahlbeteiligung „hauptsächlich auf dem veränderten Wahlverhalten von politischen Generationen“ (Becker 2002, S. 257 f.) beruht und der Kohorteneffekt den Effekt von lebenszyklischen Partizipationsmustern oder kurzfristigen Reaktionen auf politische Konstellationen übersteigt. Das Sinken der Wahlbeteiligung ist daher keine kurzfristige Schwankung innerhalb der Wählerschaft, sondern „Ergebnis einer langfristigen wie einer signifikanten Veränderung des individuellen Wahlverhaltens jüngerer politischer Generationen“ (Becker 2002, S. 259).

**Abbildung 2.1** Wahlbeteiligung in verschiedenen Altersstufen bei der Bundestagswahl 2013



Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung anhand des ALLBUS (ZA4580; (2014)); n = 6 291

Diese Kohorten-Effekte lassen sich zudem theoretisch erklären (Plutzer 2002): Wenn eine Alterskohorte das Wahlalter erreicht, basiert ihre individuelle Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme vor allem auf familiären, sozioökonomischen und politischen Ressourcen. Im Laufe des Lebens lässt der Einfluss der ‚Start-Ressourcen‘ nach, wenn die jungen Erwachsenen eigene Leistungen erbringen und Erfahrungen machen. Dadurch werden mehr und mehr Personen auch aus dieser Kohorte zu Wählern und die Differenz zwischen beiden Gruppen schrumpft. Dies erklärt, warum auch heute in den nachwachsenden Kohorten mit dem Alter zunehmende Wahlbeteiligungsraten zu erkennen sind. Hinzu kommt, dass Menschen zu Trägheit in ihrem Verhalten neigen: Bürger, die mehrmals wählen gegangen sind, wählen im Großen und Ganzen ihr Leben lang. Wahlberechtigte, die mehrfach nicht zur Urne gingen, werden häufig zu dauerhaften Nichtwählern. Das große Problem für die Stabilität der Wahlbeteiligung entsteht vielmehr dadurch, dass die Startressourcen und somit die Startniveaus in der Bevölkerung heute immer weiter auseinander klaffen, immer mehr Menschen nur ein niedriges Startniveau erreichen und im Status des Nichtwählers verharren. Denn die Trägheitswirkung sorgt dafür, dass die Start-Ressourcen die Wähler von den Nichtwählern auch in den folgenden Wahlen unterscheiden. Die Zunahme der Wahlwahrscheinlichkeit durch Erfahrungen und Lebensleistungen kann dies immer seltener ausgleichen.

Insgesamt ist daher zu erwarten, dass die Wahlbeteiligungsraten aufgrund dieses Kohorten-Effekts auch in den kommenden Jahren kontinuierlich sinken

werden (Plutzer 2002). Ein „*cohort effect has been generated, whereby these young people are so disengaged from politics that they will not become voters later in life*“ (Ballinger 2006, S. 14).

---

## 2.4 Soziale Schieflage in Europa, Deutschland und NRW

### Der Effekt einer Arbeitsstelle und soziokultureller Faktoren auf Wahlbeteiligung

Das Phänomen der sozialen Schieflage der Wahlbeteiligung finden Wissenschaftler in nahezu allen etablierten Demokratien: „*Participation is growing more unequal since the most disadvantaged groups in particular are failing to vote*“ (Schäfer 2011b, S. 9). Europaweite Studien bestätigen dieses Phänomen unabhängig von Drittvariablen, wie zum Beispiel einem Ost-West-Gefälle (vgl. Kohler 2006, S. 172 f.). In Großbritannien oder Finnland beispielsweise gibt es ähnliche sozioökonomische Verzerrungen in der Wahlbeteiligung (vgl. Hill 2002, S. 84). Auch in Frankreich, Spanien, den Niederlanden, Schweden und Norwegen besteht eine starke Korrelation zwischen niedrigem sozioökonomischen Status und der Höhe der Wahlbeteiligung (vgl. Dalton 2014, S. 57 f.; Lijphart 1997, S. 3). Besonders in Schweden konnte durch ein natürliches Quasi-Experiment (Wiederholungswahl in einem Landkreis) gezeigt werden, dass eine niedrigere Wahlbeteiligung auch eine größere soziale Spaltung in der Wahlbeteiligung zur Folge hat. Die Wahlbeteiligung fiel bei der Wiederholung von über 80 auf knapp über 40 Prozent. Dabei blieben der Wiederholungswahl überproportional häufig Personen mit geringem Einkommen, geringerer Bildung, jüngere Menschen und Personen mit geringem Interesse an Politik fern (vgl. Persson et al. 2013, S. 179).

Die Ursachen scheinen international sehr ähnlich zu sein. So zeigt ein Vergleich zwischen europäischen Staaten und den USA, dass die höchsten Einkommensquintile eine deutlich höhere Wahlbeteiligung aufweisen. Der Unterschied ist für die neuen osteuropäischen EU-Staaten dabei etwas größer als bei den alten EU-Mitgliedsstaaten (vgl. Alber und Kohler 2007, S. 525). Äquivalent dazu fallen die Ergebnisse in Bezug auf den Bildungsgrad aus.

Der Effekt einer sicheren Arbeitsstelle und der davon in großem Maße abhängigen Sozialintegration (vgl. Esser 2001, S. 10) kann anhand von Abbildung 2.2 verdeutlicht werden.<sup>2</sup> Bis auf wenige Ausnahmen liegt die (erfragte) Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2014 im Falle von Erwerbslosigkeit (ohne Job) unter

---

2 Die Daten stammen aus der European Election Study 2014 (ZA5160; (2015)). Für Abbildung 2.2 wurde nur der Status ‚Unemployed‘ in eine Gruppe kodiert und alle weiteren (Self-employed, Managers, Other white collars, Manual workers, House person, Retired & Stu-

derjenigen von Erwerbstätigen (mit Job). Deutlich erkennbar sind auch hier gewaltige Niveauunterschiede in der Wahlbeteiligung (vgl. Kaeding und Switek 2015, S. 25).

Neben soziostrukturellen Faktoren spielen auch international die Wahlnorm und die soziale Einbindung eine Rolle. In einer Analyse der 21 in der ersten Welle des *European Social Survey* vertretenen Länder konnte ein kombiniertes Modell aus grundsätzlicher Systemunterstützung, sozialer Integration und empfundener Wahlnorm die meiste Varianz aufklären und somit die besten Ergebnisse erbringen (vgl. Goerres 2010, S. 287). Vor allem das bereits angeführte Beispiel aus Schweden (Persson et al. 2013) und der enorme Rückgang der Wahlbeteiligung bei politisch Uninteressierten verdeutlicht diesen Effekt nochmals.

Insgesamt ergibt sich also auch im internationalen Vergleich folgendes Bild: *„Higher levels of income inequality powerfully depress political interest, the frequency of political discussion, and participation in elections among all but the most affluent citizens, providing compelling evidence that greater economic inequality yields greater political inequality“* (Solt 2008, S. 48).

### **Wahlbeteiligung bei unterschiedlichen Arbeitslosenraten im Freundeskreis**

Die politische Aktivität von Freunden und die wahrgenommene Wahlbeteiligungsnorm im Umfeld spielen auch in Deutschland eine große Rolle (vgl. Goerres 2010, S. 291 f.; Kühnel 2001, S. 37). Die Bedeutung und der Einfluss der sozialen Lage des Umfelds auf die Wahlentscheidung, kann auch in Abbildung 2.3 abgelesen werden. Anhand von ALLBUS-Daten wurde ermittelt, wie hoch die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei unterschiedlichen Arbeitslosenraten im Freundeskreis ist. Dazu wurden die Interviewpartner zu ihren engsten Freunden befragt und sollten unter anderem auch deren Beschäftigungsstatus preisgeben.<sup>3</sup> Bei der Gruppe, die keine arbeitslosen Freunde hatte, lag die erfragte Wahlbeteiligung bei 84,8 Prozent. Dagegen gingen nur 44 Prozent der Befragten zur Wahl, bei denen alle genannten Freunde in keinem geregelten Beschäftigungsverhältnis standen. Die Tendenz ist beinahe durchgehend fallend.

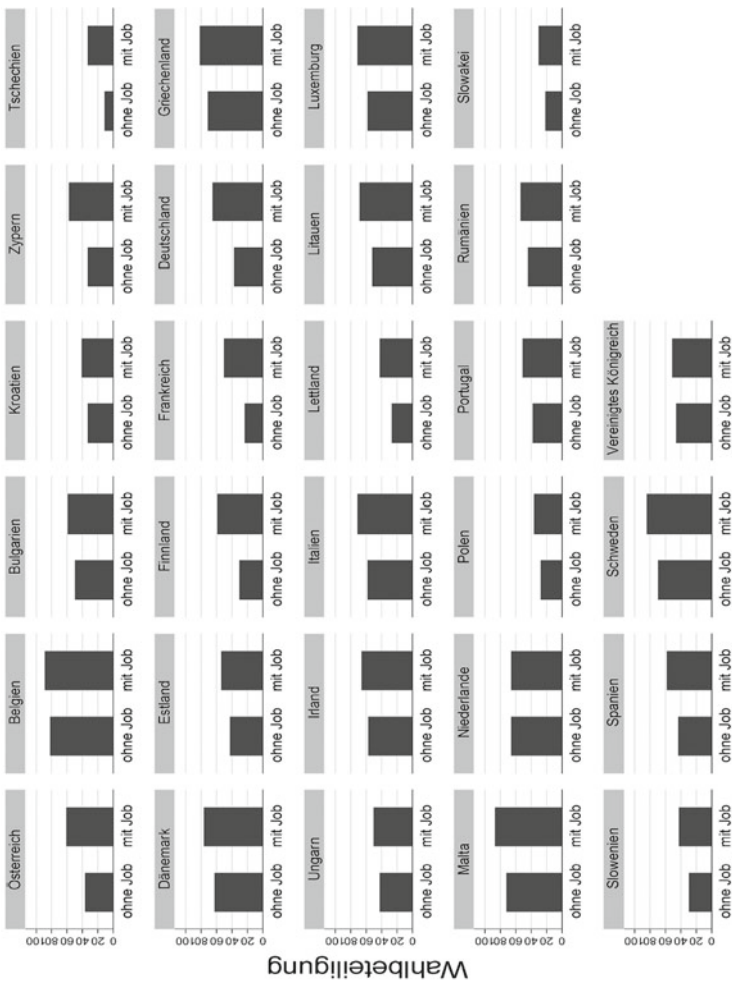
---

dents) in eine zweite Gruppe kodiert. Die gesamte Fallzahl beträgt 29995. Kein Land hat eine Fallzahl von <500.

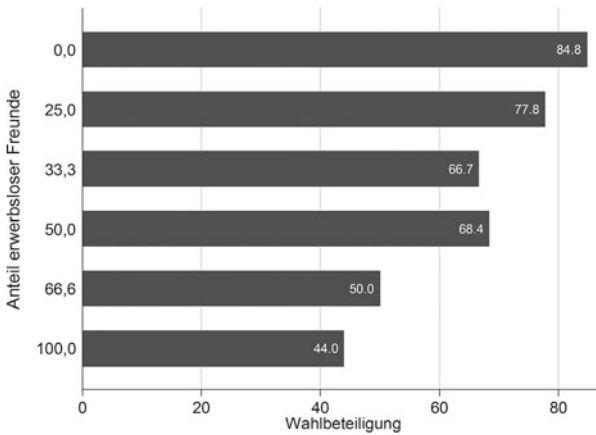
3 Viele der Befragten beantworteten diese Frage nur für wenige ihrer Freunde. Die Ergebnisse sind deshalb vermutlich verzerrt, dennoch ist eine Tendenz gut erkennbar.



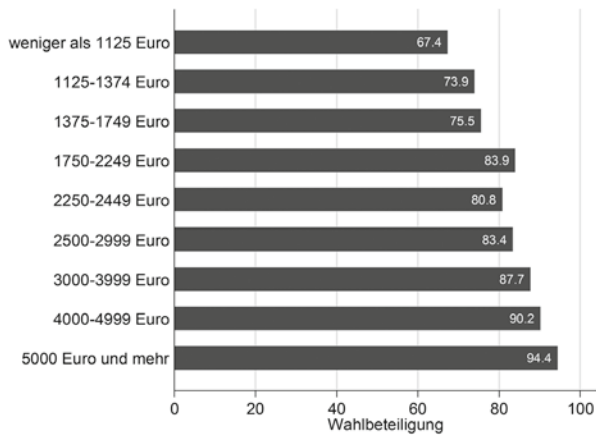
**Abbildung 2.2** Durchschnittliche Wahlbeteiligung im Falle von Erwerbslosigkeit (ohne Job) und Erwerbstätigkeit (mit Job) bei der Europawahl 2014



Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung anhand der European Election Studies (ZAS160; (2015))

**Abbildung 2.3** Wahlbeteiligung nach Anteil erwerbsloser Freunde

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung anhand des ALLBUS (ZA4580; (2014)); n = 2 450

**Abbildung 2.4** Wahlbeteiligung in verschiedenen Nettohaushalts-Einkommensgruppen

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung anhand des ALLBUS (ZA4580; (2014)); n = 5 324

Nichtwähler in Europa, Deutschland und  
Nordrhein-Westfalen

Ursachen und Konsequenzen sinkender  
Wahlbeteiligung

Michael, K.; Haußner, S.; Pieper, M.

2016, VII, 136 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-11856-3